

Positionspapier des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - Ortsverband Marburg - zur Bebauungsplanung im Marburger Westen - Baugebiete Oberer Rotenberg und Hasenkopf - (Stand 24.09.2018)

1. Veranlassung

Die Stadt Marburg plant die Bebauung und damit Versiegelung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen in Randlagen der Kernstadt. Sie verfolgt damit eine zentralisierte Flächenentwicklung unter Beseitigung von Bestandteilen der natürlichen Lebensgrundlage Boden und des zugehörigen Naturpotenzials. Damit sind Schutzgüter betroffen, deren Erhaltung sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland gemäß seinen satzungsgemäßen Zielen zur Aufgabe macht. Dabei sieht sich der BUND als Teil der Zivilgesellschaft mit dem Anspruch und der Bereitschaft, sich im Rahmen einer adäquaten Bürgerbeteiligung einzubringen. Zentraler Maßstab einer solchen Beteiligung sind unter anderem:

- **Bürgerbeteiligung ab frühestmöglichem Zeitpunkt**
- **Offenlegung sämtlicher planungsrelevanter Dokumente**
- **Ergebnisoffene Beteiligung unter Einbeziehung der Nullvariante**

Diese Voraussetzungen sind im Fall der vorliegenden Bebauungsplanungen nicht erfüllt.

2. Beurteilungsergebnis und Begründung

Nach eingehender Beratung der unserem Verband vorliegenden Informationen lehnt der BUND die Bebauung ab und fordert eine vorläufige Beendigung der Planung bzw. ein Planungsmoratorium. Statt dessen fordern wir, unter umfassender Beteiligung der BürgerInnen der Kernstadt und sämtlicher Stadtteile, einen umfassenden städtebaulichen Planungs- und Beteiligungsprozess in Gang zu setzen, dessen Ergebnisse ihren finalen Niederschlag finden in der anstehenden Fortschreibung des Regionalplans Mittelhessen. Im einzelnen sind nach bisherigem Sachstand folgende Gründe für die Ablehnung maßgebend:

2.1. Mangelhafte Planung und Bürgerbeteiligung

- Die Planungsgrundlagen für beide Baugebiete sind veraltet. Sie basieren auf ca. 15 Jahre zurückliegenden Planungsvorstellungen. Der 2010 beschlossene Regionale Raumordnungsplan befindet sich in der Phase der Notwendigkeit zur Fortschreibung und damit Aktualisierung.
- Bislang hat die Stadt keinen Nachweis eines unabwiesbaren Bedarfs für die Inanspruchnahme neuer Bauflächen im Außenbereich vorgelegt bzw. in einem Bürgerbeteiligungsprozess transparent gemacht. Das Potenzial aus einer verdichteten Bebauung wird nur für die Kernstadt betrachtet, nicht aber für die Außenstadtteile. Nach den grundsätzlichen Vorgaben des Baugesetzbuches hat die Nachverdichtung umfassend den Vorrang vor der Neuerschließung im Außenbereich.
- Hierbei fehlt u.a. eine nachvollziehbare Analyse, aus der ersichtlich wird, welcher Wohn-

raum im Zeithorizont der kommenden 10 bzw. 20 Jahre aufgrund der demografischen Entwicklung (Alterung der Gesellschaft) frei wird. Dieser stellt ein Potenzial dar, das den Neubau „Auf der grünen Wiese“ entbehrlich werden lassen könnte, auch im Hinblick auf möglichen Umbau in Geschosswohnungsbau, d.h. einer vertikal verdichteten Bebauung ohne neue Flächenversiegelung. Dem BUND sind Strukturen bekannt, wo innerhalb eines Straßenzuges 40 % der Wohnhäuser absehbar frei werden, die nicht von der familiären Nachfolgegeneration nachgefragt werden.

- Die Intentionen und Ergebnisse aus dem Integrierten Kommunalen Entwicklungsprozess IKEK der Stadt Marburg spielen bei der Planung keinerlei Rolle. Dieser Prozess hatte unter anderem das Ziel, zur relativen Entlastung der Marburger Kernstadt lebenswerte Wohn- und Kommunikationsstrukturen in den Marburger Außenstadtteilen aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen. Dazu zählt entscheidend die Fragestellung dezentraler baulicher Entwicklung unter Aktivierung alter Bausubstanz und mäßig verdichteter Bebauung in den Außenstadtteilen. Weiterhin sind im IKEK-Prozess Vorschläge zur Verbesserung der Mobilitätsstrukturen erarbeitet worden. Die über einen Zeitraum von 4 Jahren eingebrachte Mitarbeit der Marburger BürgerInnen spielt in der städtebaulichen Reflexion überhaupt keine Rolle.
- Ungeachtet der formalen Tatsache, dass mit Ausnahme der Fläche des ehemaligen Gärtnereibetriebes Philipps die sonstigen Flächen in der Regionalplanung als bebaubar ausgewiesen sind, ist die beabsichtigte Bebauung aus der Marburger Zivilgesellschaft mangels adäquater Bürgerbeteiligung nicht legitimiert. Der derzeit laufende Prozess ist nach einschlägigen Maßstäben nicht ausreichend, da das entscheidende Kriterium der Ergebnisoffenheit fehlt. Hierfür müsste für beide Planungsgebiete auch die Nullvariante zur Debatte stehen.

2.2. Verkehrliche Auswirkungen

- Es fehlt eine integrative Gesamtbetrachtung der verkehrlichen Implikationen zusammen mit noch nicht wirksam gewordenen, aber vorfixierten Verkehrszuwächsen u.a. aus dem noch nicht ausgeschöpften Bebauungspotenzial Michelbach und der völlig offenen weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes Görzhäuser Hof. Dies sollte mindestens im Kontext der Verkehrsrelationen Oberer Rotenberg/Rotenberg, Köhlersgrund/Marbacher Weg, Höhenweg/Brunnenstraße sowie Hohe Leuchte betrachtet werden. Auch im Stadtwald ist durch die bei vollständiger Realisierung des Baugebietes zu erwartende Veranderthalbfachung der Wohnbevölkerung mit erheblichem zusätzlichem Druck auf die vorhandenen Verkehrswege zu rechnen.
- Zusätzlich zu den durch die neuen Einwohner direkt verursachten Verkehre sollten auch die aufgrund von Online-Handel und Zulieferungen für den geplanten Lebensmittelmarkt zu erwartenden Lieferverkehre in der Planung berücksichtigt werden.
- Die Planung missachtet die Konsequenzen aus der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Anliegern an der Hohen Leuchte - vertreten durch Herrn Seib - und der Stadt Marburg sowie der dazu in 2007 ergangenen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen. Die Entscheidung enthält wesentliche Aussagen zu der Problematik einer steigenden Verkehrsbelastung auf den Verkehrslinien Hohe Leuchte und Rotenberg/Sybelstraße/Emil v. Behring-Schule. Diese Problemstellung ist damit auch von höchster Relevanz für die Erreichbarkeit des Marburger Schloss und damit für den Tourismus und das Schloss als Veranstaltungsort.
- Die Problematik der Radverkehrsmobilität im Marburger Westen wird ausgeblendet. Dabei geht es gleichermaßen um die Themen: Schaffung von verbesserten Angebotsstrukturen wie auch die Vermeidung einer Erhöhung des Radverkehrsrisikos aus der Zunahme von Kfz-Verkehr auf Straßenzügen, wo aufgrund der baulichen Verhältnisse die Ausweisung eigenständiger Radwege bzw. Einrichtung von Radverkehrsspuren unmöglich ist. (mindestens: Hohe Leuchte, Rotenberg, Köhlersgrund, Höhenweg/Brunnenstraße, Marbacher Weg). Die Bedingungen für den Radverkehr würden sich gravierend verschlechtern.
- Die zu erwartende gesteigerte verkehrliche Belastung im Bereich Hohe Leuchte/Stiftstraße würde die Belastung mit Stickoxiden und Lärm im Stadtteil Ockershausen deutlich erhöhen. Dieser Sachverhalt spielt in der bisherigen Planung erkennbar keine Rolle.
- Trotz gegenteiliger Behauptungen verschiedener Stadtpolitiker, die geplante Bebauung

des Rotenberg und die Ansiedlung eines TEGUT-Marktes hätten miteinander nichts zu tun, ist u.E. sehr wohl ein Zusammenhang vorhanden. Zudem fehlt eine Abschätzung der möglicherweise gravierenden Folgen für den Lebensmittelmarkt in Einhausen und damit die dezentrale Versorgungsstruktur der westlichen Außenstadtteile.

2.3. Klimaschutz, Entwässerung, Naturschutz

- Die Planung stellt sich erkennbar nicht den Anforderungen zur Erfüllung der Klimaschutzziele von Stadt, Landkreis Marburg bzw. der BRD. Ebenso reflektiert sie nicht die Bedeutung beider Hochflächen für die Kaltluftentstehung und damit die Frischluftzufuhr im Tal, insbesondere vor dem Hintergrund der aus dem erwarteten Klimawandel folgenden Konsequenzen (mindestens 2 Grad-Anstieg der Jahresmitteltemperatur).
- Die Problematik für die Entwässerung im Stadtteil Marbach insgesamt ist nicht aufgeklärt, auch nicht im Hinblick auf die aus dem Klimawandel erwartete Veränderung in der Niederschlagsstruktur mit der zu erwartenden Häufung und mengenmäßigen Verschärfung von Starkregenereignissen.
- Es fehlen naturschutzfachliche Unterlagen zum Artenschutz von Tieren und Pflanzen. Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes haben naturschutzfachliche Erhebungen keinen Aussagewert, wenn die Erhebung mehr als 5 Jahre zurückliegt. In der Standortanalyse werden keine aktuellen naturschutzfachlichen Gutachten vorgelegt oder referiert. Für den oberen Rotenberg erfolgt lediglich der Verweis auf das Bauleitplanverfahren, naturschutzfachliche Hindernisse werden pauschal verneint. Die Fläche ist aber in ihrem derzeitigen Zustand eine blüten- und insektenreiche Wiese, die zumindest im direkten räumlichen Umfeld einmalig ist und damit einen hochwertigen Beitrag zur Biodiversität leistet. Sie ist zudem ein bedeutsames Nahrungshabitat mindestens für Schwalben, Mauersegler und Rotmilan und in dieser Funktion nicht ersetzbar.

3. Vertiefte Begründung zu Teilaspekten, Anregungen/Forderungen

3.1. Primat der Schonung der Ressource Boden als natürliche Lebensgrundlage - Beendigung der Politik „Bauen auf der Grünen Wiese“

Die raumpolitische Debatte auf Bundesebene vollzieht derzeit zumindest verbal einen Paradigmenwechsel aus der Erkenntnis, dass die ruinöse Flächenvernichtungstoleranz der Vergangenheit beendet werden muss und dies ausdrücklich bezogen auf die Wohnungsbaupolitik. Die Beendigung dieser Politik ist ein **Kernpunkt der Verpflichtungen zur Nachhaltigkeits- wie zur Biodiversitätsstrategie auf allen Handlungsebenen**. Ihre konsequente Umsetzung ist Kriterium einer zukunftsfähigen Politik, auch in Marburg und dies: **Ab sofort !** Signale eines Aufbruchs sind beispielhaft:

1. Beschluss des Oberbürgermeister-Dialogs Nachhaltige Stadt vom 14.6.2018, u.a.:
"....müssen wir neue Wege im Wohnungsbau gehen, denn die Fläche ist ein knappes Gut. Wir können und wollen der Raumnot wachsender Städte nicht einfach mit dem Bauen auf dem Acker begegnen, gleichzeitig aber die Lebensqualität in unseren Städten sichern."
und:
...."Wir fordern den Bund dazu auf, die erleichterte Ausweisung von Flächen im Außenbereich zurückzunehmen."¹
2. Unionsexperte Jan-Marco Luczak (CDU): „Auf den Dächern könnten über eine Million neue Wohnungen errichtet werden, „und zwar ganz ohne neues Bauland zu benötigen oder weitere Grünflächen zu versiegeln“²

¹ <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/dialog-nachhaltige-stadt/>

² Mannheimer Morgen 28. 8. 2018

3. SPD-Experte Bernhard Daldrup: „Dachwohnungsbau spart Baugrund.“ und „Wir brauchen einen Mix aus vielen Maßnahmen.“³

Umfangreiche Strategieansätze zur Ressourcen schonenden Bereitstellung von Wohnraum hat der Regionalverband Frankfurt mit der „Dokumentation der Plattform Innenentwicklung Wohnen“ vorgelegt.⁴

Vorschläge und Forderungen des BUND Marburg:

1. Erstellung eines Leerstandskatasters.
2. Erstellung eines Leerflächenkatasters.
3. Erstellung eines Katasters von Baustrukturen zweckmäßiger Totalsanierung, Abriss und Neubau.⁵
4. Erstellung eines Katasters von Eignungsgebäuden für eine vertikale Verdichtung auf intakter vorhandener Bausubstanz.⁶
5. Aufbereitung einer spezifischen Analyse auf Datenbasis der Marburger Meldebehörde über den aufgrund demografischer Veränderung z.B. der Altersstufe 70 plus in den nächsten 10 Jahren frei werdenden Wohnraum. Wichtig ist dabei die Differenzierung nach Wohnraumstrukturen. Daraus ließen sich solide Erkenntnisse ableiten, welches zukünftige Nachfragekompartiment zu welchen Anteilen aus frei werdendem Wohnraum wieder zur Verfügung steht und für welche Struktur in welchem Umfang Defizite verbleiben.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis müssen die Marburger Außenstadtteile gleichwertig in den strategischen Fokus einbezogen werden.

Für die hiermit adressierte Bausubstanz müssen gleichzeitig die Chancen zur energetischen Effizienzverbesserung und gezielten Nutzung der Solarenergie (Passivnutzung, Solarwärme, Solarstrom) im Sinne der Energiewende konsequent genutzt werden.

3.2. Untersuchungsbedarf zu den Auswirkungen der geplanten Bebauung auf das Stadtklima, Lufthygiene, Kaltluftströme unter sich verändernder Rahmenbedingungen aus dem Klimawandel

Die Lage der beiden geplanten Baugebiete ist unumstritten höchst sensibel im Kontext der Wirkungen auf die Entstehung von Kaltluftströmen und deren Wirkungspfade für die Marburger Lufthygiene und das Stadtklima. Diesbezügliche qualifizierte Gutachten liegen über 10 Jahre zurück. Damit

1. sind sie veraltet,
2. berücksichtigen sie nicht die grundlegenden Veränderungen aus dem Klimawandel. Eine Erhöhung der Jahresmitteltemperatur von mindestens 2,0 Grad gilt als unvermeidlich. Daraus ist abzuleiten, dass der Wirkungsrelevanz von Kaltluftentstehungsflächen und -strömen im Vergleich zur heutigen Situation eine überproportional ansteigende Bedeutung zukommt.⁷

Es resultiert die **Forderung des BUND**: Umgehende Erstellung eines Gutachtens durch externen Sachverstand zur Klärung der komplexen Sachverhalte, da diese zwangsläufig außer-

³ Mannheimer Morgen 28. 8. 2018

⁴ „Innen vor Außen“ link: https://www.region-frankfurt.de/media/custom/2005_1088_1.PDF?1440750757

⁵ Bildnachweis Abb. 1 Seite 7; sowie das Beispiel Darmstadt Abb. 4 Seite 9 Totalumbau eines alten Quartiers

⁶ Bildnachweis Abb. 2 Seite 7 und Abb. 3 Seite 8

⁷ Zur Abschätzung der Relevanz: Die Jahresmitteltemperatur für Marburg beträgt 9,0 Grad C. Für die Stadt Frankfurt liegt sie seit 1990 bei knapp 11,0 Grad. Eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur in Marburg um 2,0 Grad aus dem Klimawandel würde für die Marburger Tallagen der heutigen Klimasituation im Frankfurter Kessel entsprechen. Jede denkbare Entschärfung dieser Entwicklung muss demzufolge gesichert werden. (Grafik der HLNUG, Abb. 5 Seite 10)

halb der Beurteilungskompetenz einer Bauverwaltung liegen.

3.3. Verkehrsfragen im Marburger Westen

3.3.1. Die Verkehrssituation allgemein

Über die mit dem Bauen im Marburger Westen zu klärenden Fragen wird seit Monaten in einer unproduktiven Endlosschleife gestritten. Ursache für diesen Missstand ist die hartnäckige Weigerung des Marburger OB, in dieser essenziellen Frage vorab eine umfassende Klärung herbeizuführen. Zu wesentlichen Sachverhalten der aktuellen verkehrlichen Gesamtentwicklung gibt es keine belastbare Fakten/Untersuchungen eines Fachbüros. In wenigen Wochen sollen die Stadtverordneten eine Bauentscheidung treffen, ohne auch nur ansatzweise deren Konsequenzen abschätzen zu können.

Diese Vorgehensweise entspricht dem in Marburg „bewährten“ Vorgehen: Erst bauen, dann schauen, wie man die „unvorhersehbaren“ Folgen nachträglich noch bewältigen kann (Beispiele: Stadtautobahn, Eventscheune Dagobertshausen, Baugebiet Görzhäuser Hof etc.)

Am Standort Görzhäuser Hof ist die Errichtung eines oder mehrerer Parkhäuser in der Diskussion mit einer Kapazität zwischen 3000 bis 4000 Stellplätzen. Daraus resultieren bis zu 8000 mögliche Verkehrsbewegungen pro Tag. Wie sich diese auf welche Straßenzüge aufteilen und mit den zusätzlichen Verkehrszuwächsen aus der Bebauung Rotenberg/Hasenkopf mischen, bleibt im Dunkeln.

3.3.2. Radverkehrsmobilität

Mit der geplanten Bebauung Rotenberg/Hasenkopf wird die derzeitige Mangelsituation weiter einseitig verschlechtert.

Hasenkopf:

Der vom OB in der Begehung am 25. August 2018 sowie der nachfolgenden Diskussion im Ortsbeirat Ockershausen angekündigte Ausbau des Radweges Nr. 40 Radverkehrsplan auf der Trasse des Totenwegs im Heiligen Grund ist wegen der zu hohen Steigung auf den letzten ca. 400 Metern (12%) für den Alltagsradverkehr nicht zielführend.⁸ Auf den Linien Hermannstraße/Graf-von-Stauffenbergstraße lassen im Bereich der beiderseitigen Bebauung die Verhältnisse die Einrichtung von eigenständigen Radwegführungen nicht zu. Möglich wäre dies im unteren nicht bebauten Bereich der Graf-von-Stauffenbergstraße durch Neuanlage eines gesonderten Radweges zwischen Stadtwaldstraße bis zur Einmündung Gisselberger Straße.

Rotenberg:

In der Planung Rotenberg spielt die Radverkehrsmobilität überhaupt keine Rolle.

Da die Einfallstraßen in die Stadt (Köhlersgrund/Hohe Leuchte/Unterer Rotenberg/Brunnenstraße/Marbacher Weg/) eigenständige Radwegführungen baulich nicht zulassen, der motorisierte Verkehr aber deutlich zunehmen wird, verbleibt als faktisches Resultat eine dauerhafte Verschlechterung der Verkehrseignung und Erhöhung des Sicherheitsrisikos für den Radverkehr, **mithin eklatanter Rückschritt statt Fortschritt.**

3.4. Betroffenheit Naturschutz und Landschaftspflege

Für die hier zu behandelnden Fragestellungen gilt wiederum die Kritik, dass die Stadtverordneten in Kürze eine Bauentscheidung treffen sollen, ohne dass nur ansatzweise eine fachlich konsistente Aufbereitung von Sachverhalten geleistet ist. Die naturschutzfachlichen Ausführ-

⁸ siehe Abb. 6 Seite 10

rungen, die den Bürgern mit der Textvorlage „Standortanalyse Wohnbaugebiete im Marburger Westen“ zur Verfügung gestellt wurden, sind nicht ausreichend und behandeln die Kernproblematik der Baufläche Rotenberg nicht ansatzweise. Insbesondere fehlt eine Betrachtung des naturschutzfachlichen Entwicklungspotenzials der Fläche, das bei einer ungeschmälernten Fortsetzung der naturschutzverträglichen Bewirtschaftung des Grünlandes (keine Düngung, keine Biozidanwendung wie z.B. Glyphosat) vorbildhaft gesichert und entwickelt werden könnte.

Der BUND stellt die geplante Zerstörung eines großflächigen Grünlandbiotops in den Kontext der bundesweiten Debatte um den Rückgang der Insekten sowie weiterer Tierarten und der von ihnen als Nahrungsgrundlage abhängigen Vogelwelt. Auf die Dramatik der Entwicklung hat die Politik auch in Hessen mit der Implementierung der Biodiversitätsstrategie bis in die Handlungsebene der Landkreise reagiert. Mit den einzelnen Landkreisen sind Lebensräume und Arten abgestimmt worden, für die ihnen eine gehobene Verantwortung zugeordnet ist. Im Kontext Rotenberg sind in sich ergänzenden Funktionen relevant:

1. Blüten- und insektenreiches Grünlandbiotop und gleichzeitig
2. Bedeutsames Nahrungsbiotop für den Rotmilan als Verantwortungsart im Landkreis. Die Deutsche Wildtierstiftung beschreibt die Risikosituation für den Rotmilan wie folgt: „**Im Zuge der weiteren Intensivierung der Landwirtschaft hat besonders der Rotmilan Probleme, ausreichend Nachwuchs groß zu ziehen, weil wichtige Flächen wie Grünland und Brachen für die Nahrungssuche fehlen.**“⁹ Es wäre in hohem Maße unredlich, zum Schutz des Rotmilans den Bau von Windrädern auf dem Höhenrücken Görzhäuser Hof/Marbach zu unterlassen, gleichzeitig dem Milan aber eine wesentliche Nahrungsgrundlage zu entziehen.
3. Bedeutsames Nahrungsbiotop für weitere Vogelarten wie Mehlschwalbe, Rauchschwalbe und Mauersegler. Die Population der beiden Schwalbenarten ist bundesweit rückläufig. Sie wurden deshalb 2016 in die Vorwarnstufe „gefährdet“ der Roten Liste der BRD aufgenommen.

Welche Bedeutung die hessische Naturschutzpolitik der skizzierten Problematik zurechnet, mag deutlich werden aus der Tatsache, dass sich der 3. Hessische Naturschutztag am 24. Oktober 2018 diesem Themenfeld zuwendet.¹⁰

Bildnachweise und Grafiken auf den folgenden Seiten 7 - 10

⁹ <https://www.deutschewildtierstiftung.de/naturschutz/rotmilan-land-zum-leben>

¹⁰ "Insektensterben! Und jetzt?" <https://www.hlnug.de/themen/naturschutz/landesnaturschutztagung.html>



Abb. 1: Potentialfläche zum Bau von adäquaten Sozialwohnungen in Mehrgeschossen anstelle von Wohnbaracken im Stadtteil Gisselberg, Liegenschaft: Gießener Straße 5



Abb. 2: Positives Beispiel einer kombinierten Mehrgeschoss-Nutzung als vertikale Verdichtung von Geschäftsräumen mit Wohnbebauung, Edeka-Markt Ockershausen, Leopold-Lucas-Straße



Abb. 3: Potential zum - bei Bedarf Denkmalschutz gerechten - Bau von Sozialwohnungen durch Aufstockung auf gewerblich genutzter einstöckiger Zeilenbebauung, Anne-Frank-Straße im Stadtteil Stadtwald



So schaut die Planung für das Wohngebiet an der Moltke- und Binger-Straße derzeit aus: An Stelle der überalterten Zeilenbauten aus den fünfziger Jahren (Bild unten) will der Bauverein bis zu viergeschossige Häuser errichten. Die genaue Gestaltung wird noch erarbeitet, das gilt auch für die Begrünung innerhalb des neuen Blocks. Von vorn nach hinten verläuft im Bild die Moltkestraße. Bilder: Planungsgruppe Drei

Abb. 4: Beispiel Darmstadt: Verdreifachung der Wohnfläche im Zuge einer Nachverdichtung. Insgesamt entstehen 120 Wohneinheiten, vorwiegend Drei- und Vier-Zimmer-Wohnungen (Quelle: Darmstädter Echo 13.9.2018)

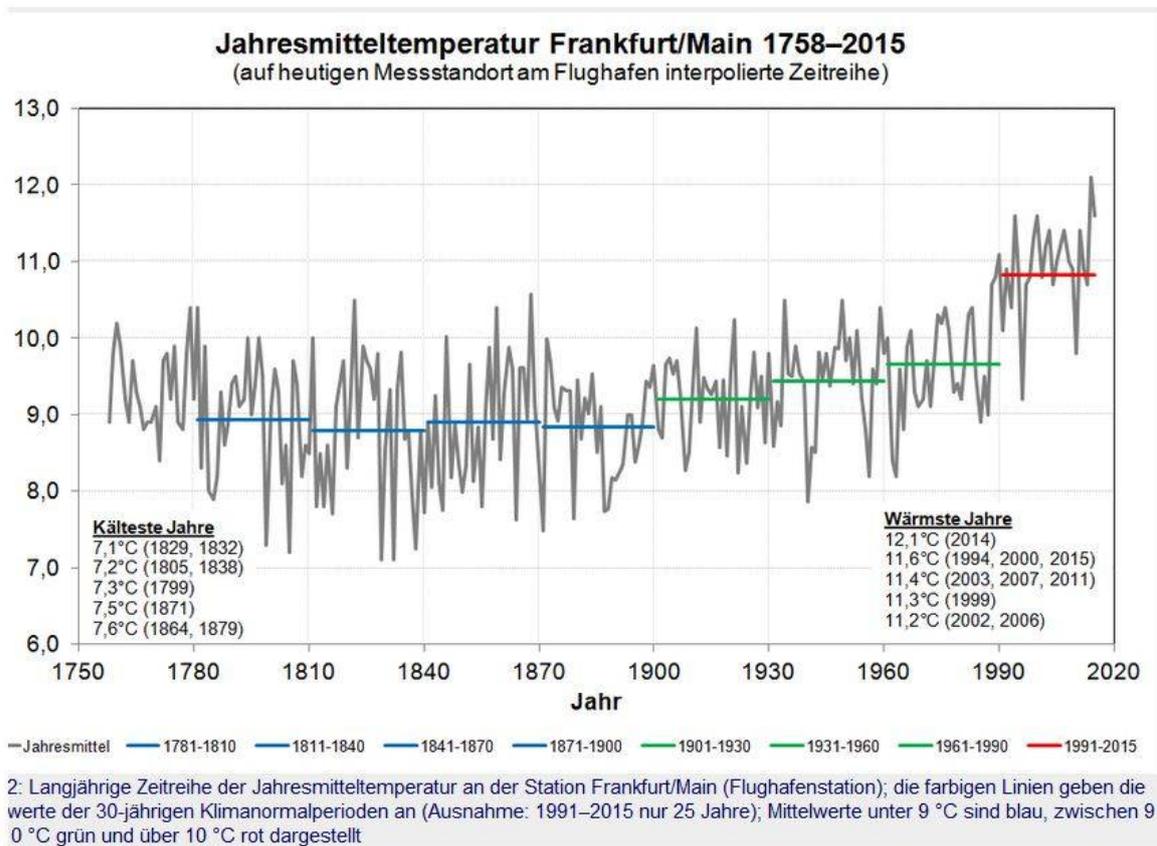


Abb. 5 Entwicklung der Jahresmitteltemperatur Station Frankfurt
Quelle: Hess. Landesanstalt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, Umweltatlas

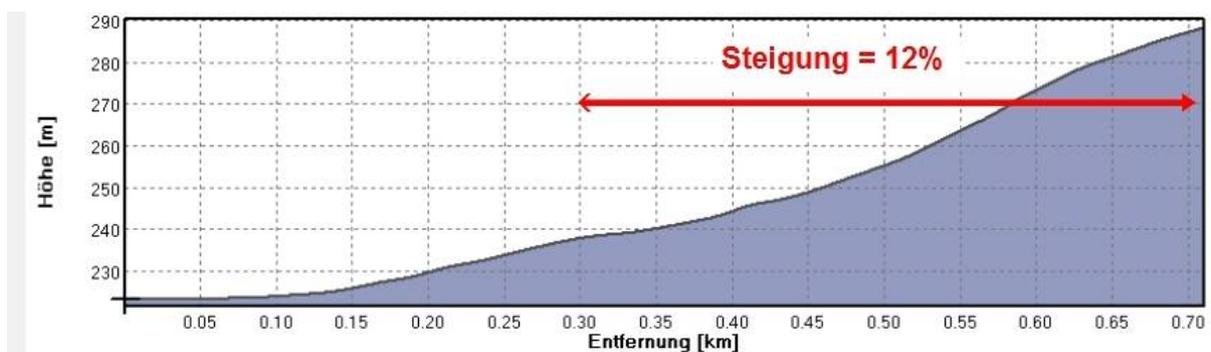


Abb. 6: Steigungsverhältnisse im Verlauf des Radweges Nr. 40 „Totenweg“ im Heiligen Grund, Ockershausen.
Auswertungsbasis: CD Topografische Karte 1:50000, Hess. Landesamt für Bodenmanagement u. Geoinformation